



## Aktuelle Debatte

—

Fraktion Die Linke

### **Soziale Gerechtigkeit beginnt vor Ort! Gesellschaftliche Spaltung verhindern, Armut in Sachsen-Anhalt bekämpfen!**

Es wird beantragt, zur 30. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 23./24./25. April 2024 eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

### **Begründung**

Sachsen-Anhalt gehört zu den Bundesländern mit der höchsten Armutsquote. Knapp jeder Fünfte in unserem Bundesland ist arm, das sind weit mehr als 400.000 Menschen. Laut des Armutsberichts 2024 „Armut in der Inflation“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes führt unser Bundesland den Negativrekord aller ostdeutschen Bundesländer. Der Armutsbericht basiert auf Erhebungen und Berechnungen des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2022.

Besonders alarmierend sind die Armutsquoten bei Kindern, Alleinerziehenden und Rentnerinnen. Frauen sind stärker betroffen als Männer. Der Blick in die Regionen zeigt ebenso eine große Spreizung der Armutsbetroffenheit innerhalb Sachsen-Anhalts. Besonders hohe Quoten sind in der Altmark mit rund 21 Prozent und in der Stadt Halle mit rund 22 Prozent zu finden.

Statt Armut zu bekämpfen, fehlt der politische Wille der Landesregierung, die strukturellen Probleme anzugehen. Stattdessen fällt besonders die regierungstragende CDU in eine Rhetorik zurück, die Armut zum individuellen Verhaltensproblem erklärt: Insbesondere mit der Kampagne gegen das Bürgergeld werden Menschen wieder an den Pranger gestellt. Dabei ist der größte Teil der von Armut betroffenen Menschen erwerbstätig oder minderjährig. In Sachsen-Anhalt ist man arm trotz Arbeit.

Wir brauchen deshalb in Zeiten wachsender Ungleichheit verstärkte Anstrengungen auf allen politischen Ebenen. Die Erhöhung des Mindestlohnes und eine armutsfeste Kindergrundsicherung muss besonders aus Sicht der Länder kommen. Statt den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, bremst die Landesregierung diese Themen aus. Mit dem Vergabegesetz in Sachsen-Anhalt hat die Koalition eigentlich ihr wichtigstes Instrument zur Tariftreue in der Hand. Statt es zu nutzen, hat sie es durch zahlreiche Ausnahmeregeln stumpf und faktisch unwirksam gemacht. Auch bei der Interessenvertretung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner hatte sich die Landesregierung zuletzt als Ausfall erwiesen. Am gemeinsamen Härtefallfonds zwischen Bund und Ländern zum Ausgleich nicht anerkannter Rentenansprüche aus der DDR hat sich Sachsen-Anhalt nicht beteiligt. Nun steigt die Zahl armutsbetroffener Menschen im Alter, besonders die Situation von Frauen erfordert neue Ansätze in der Politik.

Ebenso abgehoben agiert die Landesregierung gegenüber den Kommunen: Es findet keine angemessene Ausstattung der Kommunen auf Basis der zu erledigenden Aufgaben. Insbesondere die freiwilligen Leistungen für Vereine, Jugendarbeit und die Entlastung bei Kitagebühren sind daher immer wieder von Spardebatten betroffen. Dies ist im Angesicht der massiven Probleme vieler Familien, der Unterrichtsmisere in Sachsen-Anhalt und der zunehmenden Gewalt ein absolutes Unding. Wir brauchen stattdessen im Bildungs- und Betreuungsbereich massive Anstrengungen, um Sachsen-Anhalt vom Abwanderungsland zum Zukunftsland zu machen.

Eva von Angern  
Fraktionsvorsitz